

Am 25. Mai ist Europawahl!

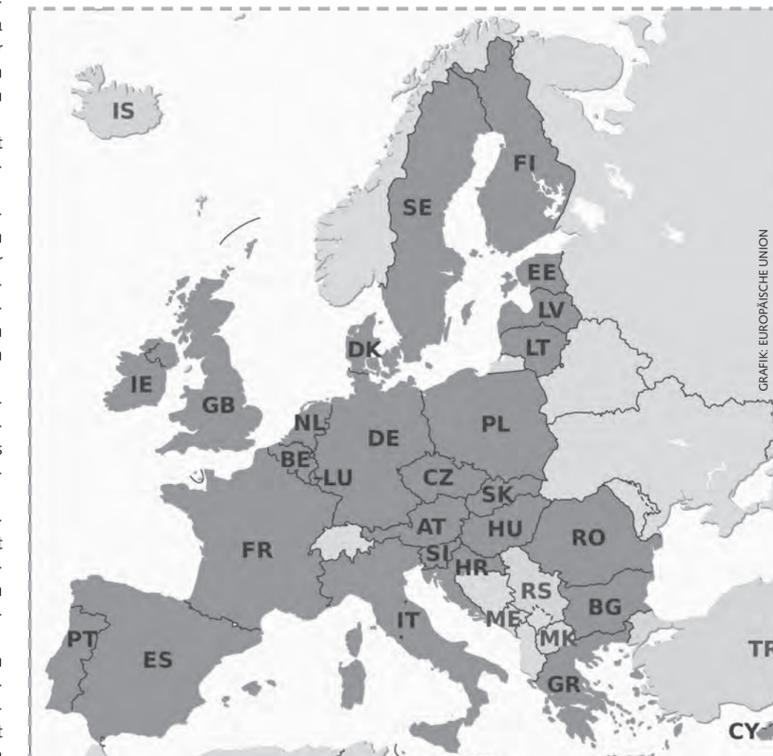
Von Lisa Maack, Fraktionsvorsitzende im Ortsrat Benthe

Vom 22. bis 25. Mai 2014 sind Europawahlen. Am 25. Mai werden die deutschen Abgeordneten für das europäische Parlament gewählt. Europa hat auf jeden einzelnen von uns Auswirkungen, manche Auswirkungen sind sichtbar als andere. Friedliche Konfliktlösungen innerhalb der EU, reisen ohne Grenzkontrollen in Europa, die Sicherheit im Internet oder die Frage nach der Kennzeichnung von Lebensmitteln bekommen wir unmittelbar mit. Doch über welche Themen wird noch im Europaparlament entschieden? Was fordern BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN? Und wird es jetzt wo die 3-Prozent-Hürde vom Bundesverfassungsgericht gekippt wurde einen Rechtsruck in der EU geben? Die aktuelle politische Lage ist heikel. Menschen sterben an den Grenzen Europas. Der Klimaschutz und die Energiewende werden ausgebremst. Jugendarbeitslosigkeit und Finanzkrisen belasten die EU. Zur Europawahl 2014 treten in Deutschland 25 Parteien an, darunter auch die europafeindliche AfD und rechtsextreme NPD. Isolation und Nationalismus können keine Antwort auf die Krisen in Europa sein! Umso wichtiger ist es bei dieser Europawahl ein klares Zeichen pro Europa zu geben. Ja: Europa braucht einen Richtungswechsel aber nicht weg von einem gemeinsamen Europa sondern hin zu einem besseren gemeinsamen Europa! Die Spitzenkandidatin der GRÜNEN ist Rebecca Harms. Das Portrait von Rebecca Harms finden Sie auf Seite 2. Was fordern die Grünen zur Europawahl? Lebensmittel sollen frei von Gentechnik und Antibiotika sein. Der Atomausstieg soll nicht nur in Deutschland sondern in der gesamten EU vorangetrieben werden. Die Grünen wollen ein Europa der erneuerbaren Energien. Nicht nur der Klima- und Verbraucherschutz stellen die Grünen in den Mittelpunkt ihres Europawahlprogramms – auch die Forderung nach mehr Datensicherheit und Bürgerrechten. Europa braucht eine starke Bankenaufsicht um die Staaten aus der Geiselhaft des Finanzsektors zu befreien und einen Altschuldentilgungsfonds um den Krisenstaaten überhaupt einen Schuldenabbau zu ermöglichen. Um aus der Krise zu kommen, muss in Zukunftsbranchen wie den erneuerbaren Energien, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen und Bildung investiert werden. Vorhandene EU-Gelder sollen

zielgerichteter verwendet werden um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und ein umweltschonendes Wachstum zu erreichen. Ein gutes Leben auf der Basis wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit soll jedem ermöglicht werden. Es ist an der Zeit auch die Verantwortung für zukünftige Generationen zu übernehmen und das Ziel der Nachhaltigkeit als Grundlage unseres Handelns anzunehmen.

**Gehen Sie am 25. Mai 2014 wählen!
Wählen Sie die GRÜNEN!
Es kommt auf jede Einzelne und jeden Einzelnen an.**

Die Europäische Union ist inzwischen auf 28 Staaten angewachsen. Europa braucht einen Richtungswechsel aber nicht weg von einem gemeinsamen Europa sondern hin zu einem besseren gemeinsamen Europa!



GRAFIK: EUROPÄISCHE UNION



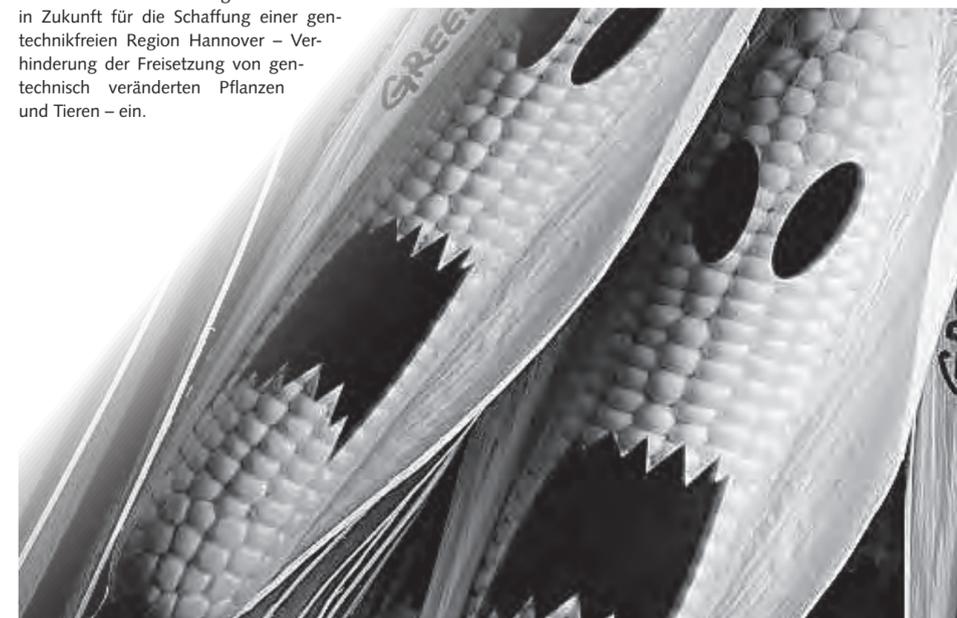
Die Kampagne von Greenpeace gegen Gentechnik wird von den Grünen nach Kräften politisch unterstützt! Auch im Kampf gegen das Freihandelsabkommen mit den USA in seiner bis jetzt bekannten Form spielt dieser Widerstand eine große Rolle.

Lobby-Vorstoß abgewehrt

Michael Kühn, Stellvertretender Ortsbürgermeister



In einer Abstimmung im Januar 2014 hatte das Europäische Parlament die EU-Kommission aufgefordert, die Genehmigung von Genmais 1507 zurückzuziehen. Der Genmais 1507, entwickelt von der US-Firma DuPont Pioneer, produziert ein Insektengift, das giftig für Schad- aber auch für alle anderen Insekten ist. Der Genmais ist resistent gegen die Wirkung des Unkrautvernichtungsmittel Glufosinat (von Bayer GropScience). Die Grünen haben wiederholt auf die Auswirkungen der Gentechnik hingewiesen und zu Demonstrationen aufgerufen. Der Fortschrittsglaube an die Gentechnik, das haben die Grünen immer wieder bewiesen, bringt den Bauern, Verbrauchern und der Umwelt nichts aber der Lobby der industriellen Landwirtschaft sowie den Chemiekonzernen riesige Profite. Das EU-Parlament hat nun mit überwältigender Mehrheit die Vereinheitlichung des Saatgutmarkts abgelehnt. Der Kommissionsentwurf der Saatgut-Verordnung hätte Einheitssaatgut von Konzernen wie Monsanto und Syngenta & Co. bevorzugt und gleichzeitig regionale Vielfalt vernichtet. Wir Grünen in Ronnenberg setzen uns auch in Zukunft für die Schaffung einer gentechnikfreien Region Hannover – Verhinderung der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren – ein.



FOTOS: GREENPEACE

Kontakt zum Arbeitskreis Benthe:

Lisa Maack	Wallbrink 13	Benthe	Telefon 05108 923559
Stefan Behrens	Salinenstraße 22	Benthe	Telefon 05108 8769539
Michael Kühn	Sieben-Trappen-Straße 25	Benthe	Telefon 05108 1200
Ruth Wenzel	Sieben-Trappen-Straße 1	Benthe	Telefon 05108 6528
Ulrich Schmersow	Sieben-Trappen-Straße 31	Benthe	Telefon 05108 2410

Hinweis: Die abgedruckten Artikel sind Meinungen der jeweiligen AutorInnen und geben nicht zwangsläufig die Meinung des gesamten grünen Arbeitskreises Benthe wieder.



Bessere Anschlüsse

Von Ulrich Schmersow, Regionsabgeordneter



Im Verkehrsausschuss der Region Hannover werden in den kommenden Wochen die Fahrplanmaßnahmen für das Fahrplanjahr 2015 diskutiert und beschlossen. Es geht dabei um den gesamten öffentlichen Personenverkehr in der Region von Neustadt bis Springe, von Haste bis Hämelerwald für Bus, Straßen- und Eisenbahn. Mich beschäftigt wieder mal unsere Buslinie 510 durch Benthe. Jede und jeder, die den Bus regelmäßig benutzen, kennen das: Wenn auf der B 65 ein bisschen Verkehr ist – was normal ist, entsteht beim Wenden um den Ortsteil Sieben Trappen die erste Verspätung. Wenn dann am Steinweg eine Monatskarte gekauft wird oder viele Leute einsteigen, was ja auch in unserem Sinne ist, entsteht die nächste Verspätung. Und dann die Ampel an der B 65, wenn unserer Bus auf die Bundesstraße will: Das kann zwei Minuten dauern und da beruhigen auch die frisch gepflanzten Blümchen auf der Verkehrsinsel nicht mehr. Vier Minuten Verspätung sind dann schnell erreicht. Das kann der Bus nicht aufholen. Wenn

wir dann den Stadtbahnendpunkt erreichen, der Bus steht noch nicht richtig, die Stadtbahn blinkt und fährt los. Die, die regelmäßig fahren, kennen das zur Genüge - also ärgern und 10 Minuten warten. Das muss nicht sein! Morgens bis zum Vormittag haben wir 5 Minuten Umsteigezeit, danach nur 3 Minuten mit dem oben beschriebenen Effekt. Ich werde mich dafür einsetzen, dass sich das zum Fahrplanwechsel am 14. Dezember 2014 ändert. Entweder wird die Fahrzeit verlängert oder wir haben den ganzen Tag die 5 Minutenumsteigezeit. Übrigens, wer durch verpasste Anschlüsse sein Ziel mehr als zwanzig Minuten später erreicht, als es der aktuelle Fahrplan ausweist, erhält als Entschädigung ein Tagesticket zugesandt. In der Zeit von 23 bis 5 Uhr erstattet der Großraum-Verkehr-Hannover stattdessen die Kosten für ein Taxi bis maximal 20 Euro. Das Formular gibt es im Üstra-Kundenzentrum, Karmarschstraße 30/32 oder im Internet unter www.gvh.de.

Die Sieben-Trappen-Steine

Von Michael Kühn, Stellvertretender Ortsbürgermeister



Über die Herkunft der Sieben Trappen ist nichts genaueres bekannt. Manche hielten sie für Erdfalle, andere sahen in ihnen die Sitzordnung des Benthers Gogerichts, das früher unter freiem Himmel getagt haben soll. Die populärste Erklärung liefert eine Sage. Demnach handelt es sich um die Fußstapfen eines Bauern, der zur Strafe für einen Meineid vom Erdboden verschluckt wurde. Der Volksmund nannte die Kuhlen deshalb „sieben Trappen“, was soviel bedeutet wie „sieben Fußstapfen“. Eine Informationstafel erzählt ausführlich die Geschichte des unehelichen Bauern.

Wahr ist, dass es bis vor 150 Jahren südlich dieses Ortes, an der heutigen Bundesstraße B65 sieben auffällige Kuhlen gegeben hat. Im Mittelalter stellte man neben den Kuhlen Kreuzsteine auf. Kreuzsteine sind bedeutende Rechtsdenkmale. Die Kreuzsteine stammen aus dem 13. bis 16. Jahrhundert und wurden meist von Gewaltverbrechern errichtet, um für einen begangenen Mord oder Totschlag zu sühnen. Die verschiedenen Macharten und das unterschiedliche Material der Steine sprechen dafür, dass sie von mehreren Orten zusammengetragen wurden.



FOTO: LISA MAACK

Es gilt heute als gesichert, dass die Kreuzsteine bereits seit Jahrhunderten zusammen stehen.

Rebecca Harms – Spitzenfrau der Grünen Europaliste



FOTO: JURGEN OLCZYK

Rebecca Harms wurde 2004 als Spitzenkandidatin der deutschen Grünen ins EU-Parlament nach Brüssel. Fünf Jahre später wird sie Vorsitzende der europäischen Grünen-Fraktion. Die Verbindung nach Deutschland hält sie durch viele Besuche und Gespräche sowie über den Parteirat der Grünen, in dem sie seit 1998 Mitglied ist.

Sie arbeitet zu allen großen europäischen Themen. Im Mittelpunkt stehen die Wirtschaftskrise und die Alternativen zur bedingungs- und rücksichtslosen Sparpolitik, die Verteidigung des Klimaschutzes gegen die Interessen der Auto- und Kohlelobby und der Schutz von Grundrechten wie Pressefreiheit und Datenschutz. Außerdem setzt sich Rebecca für mehr Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger und für transparente europäische Institutionen ein.

Rebecca Harms Ziele

- ★ Europäische Energiewende
- ★ Nachhaltige Wirtschaftspolitik
- ★ Investitionen in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz
- ★ Atomausstieg in allen EU-Ländern
- ★ Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft und Zurückfahren der Subventionen für die Agrarindustrie
- ★ Stärkung der Grundrechte wie Presse- und Meinungsfreiheit in allen EU-Ländern
- ★ Kein Freihandelsabkommen mit den USA, das europäische Standards schwächt
- ★ Verbindliche Datenschutzstandards für alle EU-Bürgerinnen und Bürger
- ★ Menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik
- ★ Mehr Bürgerbeteiligung an der Europapolitik
- ★ Verbot von Fracking in allen EU-Ländern

(Quelle: V.i.S.d.P.: Rebecca Harms, DIE GRÜNEN/EFA, Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel/Belgien)

Regionspräsidentenwahl auch noch

Von Ulrich Schmersow, Regionsabgeordneter



Am Tag der Europawahl findet außerdem eine wichtige kommunale Wahl statt: Der Regionspräsident wird neu für fünf Jahre gewählt! Der direkt gewählte Chef der Regionsverwaltung ist auch stimmberechtigtes Mitglied der Regionsversammlung. Zur Zeit ist dies Hauke Jagau. Er verstärkt dabei die Fraktion der SPD. Der Regionspräsident hat als Verwaltungschef und Mitglied der Regionsversammlung ein genau so starkes Gewicht, wie die direkt gewählten Bürgermeister, wie Frau Harms für Ronnenberg oder Herr Schostock für Hannover. Unser derzeitiger Regionspräsident Hauke Jagau stellt sich für fünf weitere Jahre zur Wiederwahl. Als einziger

aussichtsreicher Gegenkandidat tritt Axel Brockmann (ehemaliger Polizeipräsident von Hannover) für die CDU an. Die Grünen haben diesmal keine/n Kandidat/in aufgestellt und wollen die rot-grüne Zusammenarbeit in der Region mit Hauke Jagau fortsetzen.



FOTO: REGION

Neue Abfallgebühren – alles Müll?

Von Ulrich Schmersow, Regionsabgeordneter



Wir Grünen in der Region haben intensiv an der neuen Abfallgebührensatzung mitgearbeitet und diese mitgestaltet. Nicht an jedem einzelnen Satz, wohl aber inhaltlich und in den Grundzügen. Und wir stehen nach wie vor zu dem Ergebnis, auch wenn es möglicherweise an der einen oder anderen Stelle Verbesserungsbedarf geben könnte.

Wie kam es dazu?

Nach der Regionsgründung wurden 2003 die beiden unterschiedlichen Abfuhr- und Abrechnungssysteme aus Stadt und Landkreis zwar unter einem Dach zusammengeführt, aber im Wesentlichen beibehalten. Dass dies rechtlich problematisch sein könnte, war allen Parteien – auch der CDU, die dem Konstrukt zugestimmt hatte – bewusst. Man hat damals die Sack-Tonnen-Diskussion vermeiden wollen und daher keine Änderung herbeigeführt.

Kernpunkte:

- ▶ In der Stadt Hannover Behälterabfuhr ohne Grundgebühr, im Umland Sackabfuhr mit Grundgebühr. Im Umland war man ebenfalls weitgehend zufrieden, hatten doch offensichtlich alle den Eindruck, dass sie durch den Sackeinkauf nur für den Müll bezahlen, den sie auch produzieren. Tatsächlich wurden aber im Umland 80 % der Gebühr als Grundgebühr erhoben. Nur 20 % waren über die Menge an gekauften Säcken zu beeinflussen.
- ▶ 2008 hat dann Herr Wicke (CDU) das alte Stillhalteabkommen gebrochen und eine Satzungsklage angekündigt, die er dann 2010 auch einreichte. Sein Antrieb: Sei-

„Die neue Gebühr entspricht dem Solidarprinzip der Abfallwirtschaft, bei dem alle Bürgerinnen und Bürger mit ihren Gebühren gleichermaßen und anteilig für die Gesamtkosten und damit auch für die entgeltfreien Recyclingsysteme aufkommen.“



FOTO: AHA

ner Meinung nach finanzierte bei den bestehenden Verhältnissen das Umland die Müllgebühren in der Stadt mit.

Das Gericht hat die Satzung dann in folgenden Punkten für rechtswidrig erklärt:

- ▶ Wenn zwei Systeme unter einem Dach bestehen, ist dies nur dann zulässig, wenn sie auch komplett getrennt abgerechnet werden.
- ▶ Eine Grundgebühr von 80 % ist nicht zulässig.
- ▶ Spätestens bis zum 1. Januar 2014 muss eine neue Gebührensatzung gelten.

Daraus resultierten verschiedene Zwangspunkte:

- ▶ „Eine Region – eine Müllabfuhr – ein Abrechnungssystem“ war eine Forderung, die sehr schnell im Vordergrund der Überlegungen stand.
- ▶ Die Grundgebühr: Auch in der Stadt muss eine Grundgebühr eingeführt werden, um die allgemeine Vorhaltung der Müllabfuhr abzusichern.
- ▶ Der Zeitdruck: Urteilsverkündung war im Oktober 2012, die neue Satzung mit Gremiendurchlauf und Vorlauf für Umsetzung und Bescheiderstellung musste bis Ende 2013 abgeschlossen sein.

Politische Entscheidungen

Darüber hinaus waren folgende politische Anforderungen zu berücksichtigen:

- ▶ Beibehaltung des hohen Dienstleistungsstandards wie kostenfreiem Zugang zu Wertstoffhöfen; Ziel: Mit Wertstoffen können Einnahmen erzielt werden. Sie sollen daher möglichst beim kommunalen Entsorger und nicht bei privaten Betrieben abgegeben werden. Zusätzlich versprechen wir uns davon eine Vermeidung von wilden Kippen.

- ▶ Eine Region – ein Abfuhrsystem – ein Abrechnungssystem Ziel: Bei Abrechnung, Anschaffungen und Organisation (Behälter, Fahrzeuge, Routenplanung) können mittelfristig Synergieeffekte erzielt werden. Kurzfristig kostet die Umstellung sicher erst mal Geld.

- ▶ Anreiz zur Müllvermeidung. Ziel: Schonung der Umwelt, Senkung von Kosten

- ▶ Gebührengerechtigkeit und Sozialverträglichkeit durch Gestaltung der Grundgebühr und einen großen verbrauchsabhängigen Gebührenanteil. Ziel: weitgehend „gerechte“ Gestaltung der Abfallgebühren.

Den Begriff „gerecht“ haben wir bewusst in Anführungszeichen gesetzt, weil es kaum eine „gerechte“ Abfallgebühr geben kann. Zu viele Faktoren fließen hier ein und zu viele individuelle Begleitumstände können eine Rolle spielen. Es geht daher darum, für möglichst viele Menschen die Spanne zwischen der günstigsten und der teuersten Lösung möglichst gering zu halten. Erreicht haben wir dies durch folgende Konstellation:

- ▶ Grundgebühr in Höhe von 30 % der von aha angegebenen Kosten, davon 20 % grundstücks- und 10 % wohnungsbezogen.
- ▶ Der Gesamtanteil der Grundgebühr ist ausgeurteilt und bildet eine Obergrenze. Bei einer bloßen Grundstücksgebühr würde nicht differenziert zwischen beispielsweise einem Einfamilienhaus und einer Wohnanlage mit 15 Wohnungen. Hier kämen die Einfamilienhausbesitzer unverhältnismäßig schlecht weg. Die Aufteilung in einen Grundstücks- und einen Wohnungsanteil versucht, beiden Gesichtspunkten gerecht zu werden.

- ▶ MINDESTmenge von 10 l pro Person Sicherlich kann man die Mindestmenge als weitere „versteckte“ Grundgebühr interpretieren. Ausdrücklich ist aber im Vorfeld der Satzungserstellung durch die Anwälte von aha die Zulässigkeit einer Kombination von Grundgebühr und Mindestmenge geprüft und für rechtens befunden worden. 10 l bewegen sich dabei im oberen Bereich.
- ▶ EMPFOHLENE Abfallmenge von 20 l pro Person Die empfohlene Menge zur vorläufigen Bemessung der Behältergröße je Person liegt bei 20 l und resultiert aus einer Auswertung der vergangenen Jahre. Etwa diese Menge Abfall fällt tatsächlich durchschnittlich pro Person und Woche in der Region Hannover an. Es besteht immer die Möglichkeit, die abzurechnende Menge bis auf 10 l zu reduzieren, wenn Sie mit Müllvermeidung und -trennung ihr Volumen verringern.

- ▶ Darüber hinaus haben wir die Bioabfallgebühren gesenkt. Dies ist ein Anreiz zur Mülltrennung, der auch finanziell belohnt wird.

Anreiz zur Müllvermeidung

Zugegebenermaßen hat es tatsächlich den Anschein, als würde Müllvermeidung in diesem System nicht belohnt. Zumindest im Umland aber ist die Grundgebühr von vorher 80 % selbst bei Berücksichtigung der Mindestmenge als „Grundgebühr“ auf etwa die Hälfte gesunken. Die restliche Gebühr ist mengenabhängig und damit beeinflussbar. Dennoch halte ich es für wichtig, vor diesem Hintergrund die Mindestmenge noch einmal auf den Prüfstand zu stellen. Dazu bedarf es einer Bestandserhebung nach einem Jahr Gebührenreform.

Die manchmal erhebliche Abweichung von der bisherigen Preisgestaltung hat zwei Gründe: der erste ist die allgemeine Kostensteigerung inklusive der Zusatzkosten für die Umstellung des Systems und einschließlich der Tatsache, dass lange Jahre die Höhe der Gebühren nicht angepasst wurde. Entscheidender aber ist die Tatsache, dass die alte Gebühr auf ungesetzlicher Grundlage ermittelt war. Die Gebührensatzung wurde genau deshalb vom Gericht für unrechtmäßig erklärt, weil diese Haushalte mit ähnlichen Voraussetzungen in Stadt und Umland unterschiedlich stark belastete. Da aber eine Gebühr für alle gleichermaßen gerecht oder ungerecht sein muss, muss auch für alle der gleiche Bemessungsmaßstab angelegt werden. Dafür ist mit den oben aufgeführten Instrumenten gesorgt worden. Platt gesagt: Diejenigen, die jetzt mehr zahlen müssen, sind in den vergangenen Jahren verhältnismäßig zu günstig weggekommen.

Kommunikation

Die Informationen, die aha zu diesem Thema ausgegeben hat, sind nicht immer leicht verständlich aufbereitet. Klar ist, dass die Menge an Information viele überfordert, aber hier notwendig war und ist: Die Vielschichtigkeit des Themas erfordert einige Worte mehr, und GebührenzahlerInnen sind mit einem zweiseitigen Informationsbrief sicher nicht überfordert. Allerdings hätte man die Veränderungen eindeutiger und verständlicher darstellen können. Auch die Bescheide selbst sind nicht wie von uns gewünscht.

Wie geht es jetzt weiter?

Verständlicherweise kann Vieles bei der Umstellung der Entsorgungsstruktur zwar bedacht werden, jedoch mögen sich dann in der Praxis abweichende Erkenntnisse ergeben. Dafür wird es eine Überprüfung und gegebenenfalls Nachbesserungen geben. Grüne Politik zeichnet sich durch gewissenhafte Arbeit aus. Daher haben wir eine Evaluation der Abfallgebühren nach einem Jahr (also beim Jahreswechsel 2014/15) eingefordert. Wir mischen uns ein und beeinflussen Politik im Sinne des Umweltschutzes und der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Region. Wir wünschen uns, dass die von SPD, Grünen und FDP getragene Gebührensatzung dann auch von der CDU durch konstruktive Vorschläge wo nötig weiter entwickelt wird.